



## **Der neue Mehrjährige Finanzrahmen** **und EU Corona-Maßnahmen**

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Europapolitik  
unter der Leitung von Dr. Katja Leikert MdB und Sven Schulze MdEP

Der CDU-Bundesfachausschuss Europapolitik begrüßt die Einigung des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR 2021-2027) und den Aufbauplan „Next Generation EU“ (NGEU). Europa zeigt sich handlungsfähig und zugleich solidarisch mit besonders betroffenen Mitgliedstaaten in dieser schwierigen Zeit. Die Einigung des Europäischen Rates ist historisch und wird dem Ausnahmefall der globalen Corona-Pandemie gerecht. Nun gilt es in konstruktiven und vertrauensvollen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament dessen Forderungen zu berücksichtigen, damit das Europäische Parlament dem MFR und NGEU zustimmen kann und die Maßnahmen möglichst schnell umgesetzt werden können. Neben der Fokussierung auf eine verbindliche, zukunftsgerichtete, digitale und ökologische Transformation der europäischen Wirtschaft, begrüßen wir ausdrücklich die Verknüpfung finanzieller Leistungen mit notwendigen nationalen Reformen sowie der Einhaltung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips.

Zudem ist die Wahrung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips ein Eckpfeiler der europäischen Wertegemeinschaft. Der Rechtsstaatlichkeitskonditionalität kommt eine besondere Rolle zu, und diese muss im weiteren Verfahren rechtlich verankert werden. Sollte ein Mitgliedstaat die Rechtsstaatlichkeit untergraben, so müssen direkte, unumgängliche und klare Sanktionen seitens der EU erfolgen.

Nur eine sorgsame und effektive Verwendung der Mittel aus dem NGEU als auch des MFR unter der Maßgabe eines europäischen Mehrwertes rechtfertigt den immensen finanziellen

Kraftakt, den die Mitgliedstaaten und dabei in besonderer Verantwortung Deutschland schultern.

Ebenso spricht sich der Bundesfachausschuss Europapolitik im MFR für eine Stärkung der Bereiche Forschung, Bildung, Gesundheit und Migration sowie des Verteidigungsfonds aus. Gerade in diesen zukunftsgerichteten Bereichen versprechen die geplanten EU-Maßnahmen und Programme einen hohen europäischen Mehrwert. Besonders der Bereich Forschung und Bildung darf in einer zukunftsgerichteten Gesellschaft und mit Hinblick auf den weltweiten Wettbewerb nicht vernachlässigt werden. Die Finanzierung muss den hier geplanten Aufgabenerweiterungen gerecht werden. Parallel muss die Finanzierung durch die geplanten neuen Eigenmittel sichergestellt werden. Darüber hinaus sollte es durch das Corona-Rettungspaket nicht zu Haushaltskürzungen in den modernen Politikfeldern wie Wissenschaft und Forschung sowie beim Umweltschutz kommen. Im Haushalt nicht abgerufene Fördergelder müssen umgewidmet und damit stärker Zukunftsthemen finanziert werden.

Der Bundesfachausschuss Europapolitik fordert eine stärkere Beteiligung des Europäischen Parlaments bei der Prüfung und Kontrolle der Mittelvergabe des NGEU, auch bei der Aufbau- und Resilienzfazilität. Nur so sind eine ausreichende parlamentarische Kontrolle und die Berücksichtigung einer gesamteuropäischen Perspektive gewährleistet.

Der Bundesfachausschuss Europapolitik fordert zudem eine zügige Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament, damit die Einrichtung neuer und die Fortführung erfolgreicher Programme am 1. Januar 2021 gewährleistet ist. Dazu fordern wir den Rat auf, die Positionen und Forderungen des Europäischen Parlaments im Rahmen konstruktiver Verhandlungen aufzunehmen, damit das Europäische Parlament den Beschlüssen zustimmen kann. Der Bundesfachausschuss begrüßt es, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Beratungen zum Ratifizierungsprozess des Eigenmittelbeschlusses konstruktiv begleiten wird, damit die Finanzmittel aus dem Aufbaufonds schnell in den betroffenen Mitgliedstaaten vor Ort ankommen. Für einen zielgerichteten Einsatz der Finanzmittel müssen die nationalen Parlamente bei der Ausarbeitung der Reform- und Resilienzpläne einbezogen und wirksame Kontrollmechanismen geschaffen werden. Nur so kann Europa nachhaltig gestärkt aus der Corona-Krise hervorgehen.